

Sonderwort von Olaf Thomas Opelt 01.08.2018

Hallo Menschen,

Die westliche Welt ist immer wieder erpicht darauf, daß sich Rußland und China nicht in innere Angelegenheiten anderer Staaten mischen.

So heißt es im Art. 2 Pkt. 7 der UN-Charta folgend: *„Aus dieser Charta kann eine Befugnis der Vereinten Nationen zum Eingreifen in Angelegenheiten, die ihrem Wesen nach zur inneren Zuständigkeit eines Staates gehören, oder eine Verpflichtung der Mitglieder, solche Angelegenheiten einer Regelung auf Grund dieser Charta zu unterwerfen, nicht abgeleitet werden; die Anwendung von Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII wird durch diesen Grundsatz nicht berührt.“*

Die Vereinten Nationen sind nach Art. 2 Pkt. 1 die Gemeinschaft souveräner Staaten, die dem Gleichheitsprinzip unterliegen.

Das [Lexikon](#) schreibt zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates folgen: *“Verzicht eines Staats auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staats. Der in Art. 2 der UN-Satzung garantierte traditionelle Grundsatz der Nichteinmischung soll dem Schutz der Souveränität der Staaten dienen. Er wird in der Praxis sowohl durch Verzicht auf Souveränitätsrechte zugunsten supranationaler [überstaatlich] Organe (z. B. NATO) als auch durch propagandistische, politische, wirtschaftliche oder subversive Einmischung bzw. Abhängigkeit vielfach durchbrochen. Bei Menschenrechtsverletzungen größeren Ausmaßes ist er fragwürdig.“*

Damit dürfte klar sein, daß Staaten keinerlei Berechtigung haben sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen, insbesondere in Wahlvorgänge, die dem Selbstbestimmungsrecht der Völker unterliegen.

Dazu gibt es sogar eine Resolution [48/124 vom 20.12.1993](#) der Generalversammlung der UN, in der dieses ausführlich verbindlich festgehalten ist.

Auch die [Aggressionsresolution](#) bezieht sich im Art. 7 auf diese Angelegenheit. Rußland wurde in der letzten Zeit besonders die Einmischung in den Wahlvorgang der USA vorgeworfen, die aber wie viele anderen Vorwürfe den Beweis schuldig blieben. Das ist ein ganz normales Vorgehen der westlichen Welt um von ihrer eigenen Schuld abzulenken. Es ist zwar immer wieder vom Grunde her dasselbe Vorgehen, wird aber so brutal über die Propaganda im Mainstream betrieben, daß jenen, die sich diesen Medien ergeben, keine andere Darstellung aufgedeckt wird. Ein größerer Teil der Menschen dürfte jene betreffen, die es einfach nur leid sind, sich jeden Tag wieder mit Für und Wider auseinanderzusetzen und sprichwörtlich den lieben Gott einen guten Mann sein lassen. Wobei hier Gott in keiner Religionsart eine Rolle spielt, sondern ganz allein Satan am Wirken ist. Überstaatliche Organisationen wie die Nato, die aber weder Mitglied noch eine Organisation der Vereinten Nationen ist, haben erst recht keinerlei Berechtigung ohne Zustimmung der UN in die inneren Angelegenheiten von Staaten einzugreifen.

Aber genau dies tut diese Organisation ständig und immer wieder samt ihrer Mitglieder, die wiederum Staaten sind, aber über die Nato keinerlei Berechtigung für irgendwelche Übergriffe haben.

Eine überstaatliche Organisation ist auch das neue Reich, das sich selbst Europäische Union nennt. Dieses völkerrechtswidrige Gebilde ist kein Staat, also kein ordentliches Mitglied der UN und genau sowenig eine Organisation der UN.

In diesem neuen Reich sind wiederum über den Lissabonvertrag, ohne das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu beachten, über die jeweiligen Regierungen Staaten Mitglied.

Dann gibt es noch ein besonderes Mitglied, die BRiD, die weder Staat ist noch eine Organisation der UN, sondern ohne Friedensvertrag nach wie vor dem Kapitel XII der UN-Charta unterliegt.

Jetzt ist aber die BRiD mit einem der höchsten Beiträge zumindest zahlendes Mitglied in der UN und ist von einer überwältigenden Mehrheit von souveränen Staaten der UN wieder in den Sicherheitsrat gewählt worden. Das unterliegt dem Völkergewohnheitsrecht, wenn ein solches Gebilde wie die BRiD diplomatisch anerkannt wird, weil es in wirtschaftlicher und politischer Art auf der Welt ein entsprechendes Mitspracherecht hat. Dieses ist zwar zweifelhaft, unterliegt aber letztendlich dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volks, das in seiner großen Mehrheit der Erkenntnis entbehrt, daß es vom BriD-Regime ohne eine verfassungsgemäße Grundlage im Irrglauben gehalten wird. Besonders schlimm ist dabei noch, daß alle Bewohner des Bundesgebietes, deren das deutsche Volk nur ein Teil ist, über das Schicksal in der BRiD entscheiden dürfen. Jedoch bleibt ihm diese Entscheidung über die Nato-Mitgliedschaft, über die EU-Mitgliedschaft/Lissabonvertrag und über eine Verfassung versagt, denn der verfassungsgebende Kraftakt, mit dem sich das deutsche Volk das GG als Verfassung gegeben habe, wie es seit 1990 in der neuen Präambel zum GG steht, hat nicht stattgefunden, umsomehr für eine solchen Kraftakt [Volksbefragung/Volksentscheid] keinerlei Vorschrift im GG vorhanden ist.

Mit dieser Unwissenheit läßt dann das deutsche Volk, wenn auch nur mittelbar, Angriffskriege der BRiD in den verschiedensten Formen zu. Formen in Art des wirtschaft- des finanz-, des Propaganda- und des militärischen Kriegen und insbesondere die Einmischungen in die inneren Angelegenheiten von Staaten.

Das geht in Europa über die Mitgliedschaft im neuen Reich, besonders erkennbar in Griechenland und weiter in die Welt hinaus. Da mischt sich die BRiD als Mitglied im neuen Reich/EU und der Nato ebenfalls in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten. Besonders erkennbar in Zusammenarbeit mit Frankreich in Afrika, in Zusammenarbeit mit dem USI (US-Imperialismus) im Nahen Osten und sonst wo auf der Welt. Besonders böse wird die Einmischung dann in Süd- und Mittelamerika, dort in den Staaten Brasilien, Venezuela, Argentinien, Mexiko und Nicaragua, wo der USI mit seiner Organisation der Nato und die von ihm gesteuerten Geheimdienste wie CIA besonders kräftig mitmisch und sich dabei auch der katholischen Kirche unter dem guaten alten Franz, der bekanntlich dem schwarzen Papst unterstellt (Jesuitengeneral), bedient. All das in einer völlig selbstverständlichen Frechheit und von der Mehrheit der Völker nicht geahndet.

Das neueste Projekt, was man aufgreift, ist Kambodscha. Bekanntlich war es das Land der Roten Khmer, die unter Pol Pott die Bevölkerung mit ungeahnter menschenverachtender Brutalität begannen auszurotten. Wobei ihnen der US-Bombenkrieg im zuge des Vietnamkriegs in die Hände spielte. Die Ausrottung der kambodschanischen Bevölkerung gründierte auf wissenschaftlichen Ausarbeitungen des Club of Rome, der sich zwar ganz anders darstellt, letztendlich aber im Komitee der 300 aufgeht, dessen Ziele auf dem Georgia Guidestone eingemeißelt sind. Der heutige Präsident Herr Hun Sen war selbst Mitglied der Roten Khmer und führte in ihnen sogar ein Bataillon. Aufgrund der brutalen Menschenvernichtung aber verließ er diese und ging nach Vietnam

und mit dessen Hilfe Kambodscha von den Menschenschlächtern zu befreien. Er wurde im Zuge dessen zum Außenminister und ist seit 1985 Ministerpräsident Kambodschas. Und nun wieder gewählt worden. Und genau das widerspricht dem Willen der Mächtigen in der EU, weil er kritisch gegenüber der westlichen Welt ist, dafür aber eng mit China zusammenarbeitet. In dieser Zusammenarbeit erzielt sein Land langjährig über 7% Zuwachs zum BIP. Dieser Zuwachs kommt aber nicht dem Profit der wichtigen Männer zugute, sondern unmittelbar der kambodschanischen Bevölkerung und diese steht zum Großteil deshalb hinter ihrem Ministerpräsidenten. Nun hat er aber in den Augen der westlichen Welt als Bösewicht gesehen, eine Oppositionspartei verboten. Verboten deswegen weil sie zusammen mit dem USI und anderen westlichen NGO versuchte die Regierung zu stürzen, so wie man das sehr gut in Nicaragua und Venezuela nachverfolgen kann.

Man stelle sich vor, die NPD hätte einen Sturz des BRiD-Regimes geplant. Dann wäre sie beim ersten Verbotverfahren verboten worden wie es die KPD wurde. Wobei deren Verbot nur solange gilt wie es das 3 x G mit der Entscheidung 1 BvB 2/51 vom 17.08.1956 aufzeigte: „*Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts würde vielmehr nur für den vom Grundgesetz zeitlich und sachlich beherrschten Raum wirken.*“

Wichtige Vertreter der Opposition sitzen im Gefängnis und befinden sich im Exil, beklagt Mogherini, sog. Außenbeauftragte des neuen Reichs. Und so geht es auch der [verbrecherischen Opposition Venezuelas](#), die unzählige Menschen öffentlich auf der Straße am lebendigen Leib verbrannten, weil sie als regierungsfreundlich galten. Und diese Opposition sitzt dann in der BRiD, [feiert ihre „Heldentaten“](#) und wird dafür ausgezeichnet. Sie darf sogar unverhohlen und mit Unterstützung von BRiDlern zum Sturz der rechtmäßigen Regierung in Venezuela aufrufen.

Und so wird nun erklärt, daß die Wahl in Kambodscha nicht frei und fair wäre und der USI inzwischen Sanktionen gegen Kambodscha aus der Tasche zaubert.

Na ja, ganz so langsam ist der USI auch wieder nicht, denn es sind im vorigen Jahr bereits Behördenvertreter Kambodschas mit US-Sanktionen belegt worden. Trotz all dieser Einmischung des Westens und einem Aufruf zum Wahlboykott der verbotenen Partei aus dem Ausland waren [über 80 % der Kambodschaner an der Wahlurne und von diesen 80 % Wahlbeteiligten haben wiederum über 80 % für den Ministerpräsidenten gestimmt](#). Wobei das offizielle Endergebnis erst später veröffentlicht wird.

Man stelle sich vor 80 % des deutschen Volks gehen zu einer Volksabstimmung über eine volksherrschaftliche Verfassung, die von einer vom Volk gewählten verfassungsgebenden Versammlung/Nationalversammlung ausgearbeitet worden ist und 80 % dieser Menschen würden sich für diese Verfassung entscheiden. Dann hätte der deutsche Staat, der nach wie vor wegen Mangels Organisation handlungsunfähig ist, endlich wieder eine rechtsgültige Verfassung, die er seit dem 29.11.1918 nicht mehr hatte. Das wäre ein verbaler Schlag in die bridlerische Fratze und in die Fratzen der Nepper, Schlepper, Bauernfänger von Krrs, Volksbundesrath, frühwäldlerischen Selbstverwaltern, Gesürmelten und vielen anderen, bis hin zu der **selbsternannten** sog. Verfassungsgebenden Versammlung. Dann wäre es endlich möglich, daß ein deutscher Staat volksherrschaftlich verfaßt als gleichberechtigtes Mitglied in die Vereinten Nationen aufgenommen werden kann um mit diesem einen Friedensvertrag zu schließen. Dann wäre es möglich, Volksabstimmungen abzuhalten eben über die Mitgliedschaft in der UN, aber auch über die Mitgliedschaft in der Nato und im neuen Reich/EU.

Olaf Thomas Opelt
Staatsrechtlicher Bürger der DDR
Reichs- und Staatsangehöriger

Mitglied im Bund Volk für Deutschland

Bundvfd.de